Die Begründung des Schutzbundes gegen agrarische Uebergriffe.

Wie wir gestern bereits mittheilten, ist jetzt ein Bund gegen die agrarischen Uebergriffe gegründet worden. Ueber den Verlauf der Versammlung, in welcher die Begründung erfolgte (es geschah dies am Mittwoch abend) wird uns folgendes berichtet:

S. u. H. Berlin, 11. März.

Auf Einladung eines Komitees, dem u. a. die Herren Dr. Ludw. Bamberger, Eisenbahndirektor a. D. Dr. Schrader, Geh. Kom.-Rath Frentzel, Vorsitzender des Deutschen Handelstages, Geh. Kom.-Rath Hahn, Generalkonsul Landau, Stadtrath Kochhalm, Reichstagsabg. Generaldirektor und Kom.-Rath Möricke, die Stadträthe Dr. Weigert und Kämpf, Fabrikant Hagelberg ꝛc. angehörten, hatten sich heute (Mittwoch) abend im „Hotel de Rome“ etwa 300 Vertreter von Handel und Industrie eingefunden, um zu berathen, in welcher Weise den agrarischen Uebergriffen durch eine dauernde Organisation wirkungsvoll entgegengetreten werden kann. Den Verhandlungen wohnten zahlreiche liberale Politiker und Parlamentarier sowie Direktor hervorragender Bankinstitute bei. Man bemerkte die Reichstagsabgeordneten Dr. Th. Barth, Goldschmidt, Fischbeck, Freese, Pflüger, Möricke, Landtagsabg. Ehlers-Danzig, die früheren Abgg. Dr. Bamberger, Brömel, Dr. Schrader, den Vorsitzenden des Aeltestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft, Geh. Kom.-Rath Herz, Direktoren Michelet von der Darmstädter Bank, Reg.-Rath Magnus von der Nationalbank, Direktor Wittekind von der Mitteldeutschen Kreditbank, Kom.-Rath Oppenheim, Mitinhaber des Bankhauses Rob. Warschauer u. Co., Direktor Weil von der Genossenschaftsbank, Fabrikant Paul Heckmann, Kaufmann James Simon (in F. Gebr. Simon), Generalkonsul Lürmann-Bremen, Stadtrath Graf-Königsberg i/Pr. Zum Vorsitzenden wurde Geh. Kom.-Rath Wilhelm Herz erwählt; das Bureau der Versammlung setzte sich außerdem zusammen aus den Herren Dr. Schrader, Michelet, Dr. Weigert, Geh. Kom.-Rath Michel-Mainz, Schröder-Königsberg. Der Vorsitzende bemerkte sodann: Die Versammlung ist von einem Komitee einberufen worden, um zu berathen, wie sich Handel und Industrie gegen die Angriffe der Agrarier schützen können. Wir haben gestern im Handelstage wieder gehört, daß die Regierung keineswegs beabsichtigt, die Ehre des Handelsstandes zu kränken, das liege ja gar nicht im Gesetze. Nun sind aber so viele Kundgebungen erfolgt, daß sich der Handelsstand in seiner Ehre gekränkt fühle, daß gegenüber der Erklärung der Regierung nichts übrig bleibe, als es deutlich zu zeigen. (Lebhafter Beifall.) Wenn man sagte, daß alle diese Bestimmungen (Börsenkommission, Ehrengerichtshof ꝛc.) keine Verletzung unserer Ehre sind, dann sind wir nicht in der Lage, eine Verständigung herbeizuführen und wir müssen Mittel und Wege suchen, wie wir uns unserer Haut wehren. Es sind uns von vielen Seiten aus anderen Städten Zustimmungen zugegangen. (Lebhafter Beifall.)

Direktor Michelet: Was uns aus unserer bisherigen Lethargie aufgerüttelt hat, was uns zwingt zur That überzugehen, läßt sich mit einem Wort sagen: Es ist die Noth. (Sehr richtig!) Nicht die Noth, in der wir uns befinden, sondern die, welche man uns noch auferlegen will. Bisher haben Handel und Industrie die Lasten zu tragen und zu überwinden gewußt, sie haben nicht nach Staatshülfe gerufen, sondern sich selbst zu helfen gewußt. (Beifall.) Das kann man uns auf der anderen Seite nicht verzeihen, die gegen uns aus Neid und Mißgunst ankämpfte. Durch die Erfolge kühn gemacht sucht man jetzt einen Angriff auf unsere Gesammtheit, auf die kaufmännische Ehre zu machen. Wenn auch mancher Anlauf, den Handelsstand zu organisiren, im Sande verlaufen ist, so darf uns das nicht abhalten, von neuem den Versuch zu machen (Beifall), denn die Noth ist groß und die Gefahr drohend. Wir sind uns der Tragweite unseres Schrittes wohl bewußt, wir erkennen unumwunden an, welches Interesse wir an der Landwirthschaft haben, aber wir sind der Ansicht, daß der Moment gekommen ist, wo wir endlich den agrarischen Uebergriffen entgegentreten müssen und wir hoffen, daß wir in sämmtlichen Kreisen unseres Standes Unterstützung finden werden. (Lebhafter Beifall.) In dem Bunde wollen wir unseren Stand gegen alle übermüthigen Angriffe schützen. Lassen Sie uns nicht rückwärts, nicht rechts oder links blicken, vorwärts liegt unser Ziel, vorwärts lassen Sie uns sehen. (Großer Beifall.)

Stadtrath Dr. Max Weigert-Berlin: Wir haben uns nicht zu entschuldigen, daß wir hier zusammengetreten sind, sondern daß es erst heute geschehen ist. (Sehr richtig!) Seit einer Reihe von Jahren werden uns von den Agrariern die schwersten Angriffe auf unsere Ehre und unser Selbstgefühl zugefügt. Wir haben uns bisher in unseren Vereinigungen mit Petitionen und Protestkundgebungen begnügt und wenn es nichts geholfen hat, haben wir uns ins Unvermeidliche gefügt. Der Kaufmann pflegt nicht zu klagen, sondern zu arbeiten, die neuen Lasten sucht er durch verstärkte Arbeit zu tragen. (Beifall.) Die Verschiedenheit der Interessen im Kaufmanns- und Gewerbestand kam noch hinzu. Jeder war froh, wenn er in seinen engeren Interessen nicht beeinträchtigt wurde, er sagte dann wohl auch: „Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünde das meines Nachbars an.“ (Heiterkeit.) Die neueste Zeit hat aber gezeigt, daß es auch gemeinsame Interessen giebt, die zu vertheidigen sind. Es hat sich herausgestellt, daß in den Angriffen Methode herrscht. Es wird die Bewegungsfreiheit des Kaufmanns bedroht. Es handelt sich darum, ob wir uns einzeln zerbrechen lassen wollen, oder als vereintes Bündel den Angriffen Trotz bieten. (Beifall.) Da ist das Margarinegesetz, welches ein billiges Nahrungsmittel den ärmeren Volksklassen verkeilen will, das Kraftfuttergesetz, das Börsengesetz, welches die unter Polizeiaufsicht stellt, Sie als Betrüger hinstellt, die das deutsche Volk hintergehen wollen, ferner die Abänderungen der Gewerbeordnung (Colportagebuchhandel, Detailreisen), das Zuckergesetz, welches unseren Export von 400 Millionen Mark in Frage stellt. Ich erwähne ferner die Goldwährung, diese Säule unseres Staats- und Volkslebens, welche aus den eigennützigsten und unlautersten Interessen von den Agrariern angegriffen wird. (Lebh. Beifall.) Unsere bisherigen Vereinigungen genügen nicht zur Abwehr, wir kommen mit unseren Petitionen immer erst bei der dritten Lesung an. Wenn wir eine Besserung in den Verhältnissen haben wollen, müssen wir sorgen, daß der Reichstag besser wird. (Beifall.) Die Regierung ist gewiß nicht die beste, aber gegenüber diesem Reichstag ist sie Gold. Diese gewiß verbesserungsfähige Regierung ist heute noch ein Bollwerk gegen das Agrarierthum. (Sehr wahr!) Aber wenn sie im Reichstag keinen Halt hat, muß selbst die beste Regierung in die schiefe Ebene gedrängt werden. Wir müssen die Regierung, so weit sie gut ist, zu stützen suchen, so weit sie verbesserungsbedürftig ist, durch einen Reichstag korrigiren (Beifall). Es gilt die Massen zu gewinnen. Wir führen keinen politischen Kampf, wir wollen keine Sonderinteressen, sondern wir führen den Kampf für die Gerechtigkeit, um Luft und Licht. Allerdings ist die Aufgabe schwer, wir haben es nicht so leicht, wie die Agrarier, die die Massen mit der Begehrlichkeit aufrütteln. Wir müssen uns auf den Anstand und die Erkenntniß der wahren Verhältnisse verlassen (Beifall). Unser Kampf ist nicht blos für wirthschaftliche Interessen, sondern auch für Ideale. Der bittere Vorwurf ist uns nicht zu ersparen, daß wir es nicht verstanden haben, eine Macht zu werden. Wo wäre der Staat mit seinen Landhäusern, wenn wir ihm nicht das mobile Kapital geben würden, wie wollte er Krieg führen? Zeigen wir, daß wir eine Macht sind, mit der er zu rechnen hat, und er wird es nicht wagen, uns so zu behandeln (Beifall). Die Verhältnisse liegen heute so, daß es sich um unsere Existenz und Existenzberechtigung handelt. Am heutigen Tage sollen Sie Ihr Votum abgeben, ob Sie gewillt sind, nicht nur mit Worten, sondern auch mit der That den Kampf gegen die agrarischen Angriffe aufzunehmen. (Lebhafter Beifall.) Redner stellt sodann folgende Anträge:

1. Bildung eines Komitees von 17 Mitgliedern mit dem Recht der Kooptation;
2. dieses Komitee wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß von drei, höchstens sechs Mitgliedern;
3. Name: „Bund gegen agrarische Uebergriffe“;
4. dem Komitee und dem geschäftsführenden Ausschuß sind alle weiteren Obliegenheiten übertragen, wie Abfassung der Statuten, Aufruf, Geldsammlung ꝛc.

Generalkonsul Lürmann-Bremen: Wir haben in den Handelsstädten schon lange den Druck der uns durch den agrarischen Einfluß bevorstehenden Gesetze auf das schwerste empfunden und sind der Meinung, daß wir uns auftreffen müssen gegen Bestrebungen, die im letzten Ziel eine Schädigung des ganzen Vaterlandes bedeuten. Daher haben wir beschlossen, uns dieser Bewegung anzuschließen. (Lebhafter Beifall.) Da wir das allgemeine Interesse den Sonderinteressen des Bundes der Landwirthe entgegenstellen, hoffen wir aus allen Kreisen der Bevölkerung Unterstützung zu bekommen, von den Landwirthen selbst und aus den Gelehrtenkreisen. Mit Reden und Protesten bewirkt man aber nicht viel. Wir müssen das Thier bei den Hörnern fassen, den Gegner zu Boden schmettern. Wir müssen uns selbst helfen (Ruf: Wie denn?), durch Besteuerung und Agitation, durch die Presse müssen wir die Auswüchse des Agrarierthums kennzeichnen und die Wahlen derartig vorbereiten, daß wir gegenüber Kandidaten des „Bundes der Landwirthe“ den Gegenkandidaten, welcher Partei er auch angehört, ob er Schutzzöllner, Freihändler oder Ultramontaner ist, unterstützen, wenn er sich gegen den Bund der Landwirthe verpflichtet. (Beifall.) Wir sind nicht gewillt, Opposition gegen die Regierung zu machen. Wir haben die Pflicht, unsere Regierung in dem schweren Kampfe gegen die agrarischen Anmaßungen zu unterstützen. Und man sieht unsere Unterstützung gern. Unsere Regierung hat zwar einen festen Halt an dem Kaiser, aber es ist doch fraglich, ob sie dem Andrange auf die Dauer wird Stand halten können. (Zustimmung und großer Beifall.)

Dr. Ludwig Bamberger (mit stürmischem Beifall empfangen): Diese erfreuliche Bewegung ist wesentlich aus den Reihen des Kaufmannsstandes hervorgegangen, und es ist wünschenswerth, daß ihr dieser Stempel aufgedrückt wird. Es würde aber eine falsche Grundlage sein, wenn sie sich nur auf Handel und Industrie beschränkte, da es sich um eine Frage des deutschen Volkswohles handelt. Jeder, der sein Brot im Schweiße seines Angesichts erwirbt, ist interessirt bei diesem Kampf gegen die wüsten Angriffe der Agrarier. (Beifall.) Das Wort „Agrarier“ kenne man erst seit etwa 20 Jahren, es sei das zwar eine Bereicherung der deutschen Sprache, nicht aber des Nationalwohlstandes. (Heiterkeit.) Der Bauer, der Landwirth suche den Ertrag aus dem Lande zu gewinnen, der Agrarier suche ihn seinem Nebenmenschen abzugewinnen. (Heiterkeit und Beifall.) In Deutschland sei das Agrarierthum jetzt der mächtigste Faktor mit dem die Regierung zu rechnen habe. (Ruf: Leider!) Zu unserer Beschämung leider! Das Charakteristische der agrarischen Bewegung liege darin, daß man auf eine Intensivität, eine große Erbitterung gekommen sei, daß man sich nicht begnüge, sich selbst einen Vortheil zu verschaffen, sondern daß man sich durch den Schaden des Nächsten Vortheile zu erringen sucht. Hier seien alle Kreise, Schutzzöllner, Freihändler, Künstler gleich interessirt. Wer den Schaden seines Nächsten wolle, habe keinen Schutz zu beanspruchen. Man habe gesagt, der Handel sei nicht produktiv. Sei es etwa produktiv, Zweitwechsenmungen abzuhalten? (Heiterkeit.) Wenn es irgend eine destruktive und unproduktive Thätigkeit gebe, so ist es die des Bundes der Landwirthe. (Stürmischer Beifall.) Und man begnüge sich nicht blos damit, Schaden anzurichten, sondern habe sogar die Ehre angegriffen. Es sei gesagt worden, der deutsche Kaufmannstand stehe auf einem sittlich niedrigeren Standpunkt als andere Stände. Wenn es sich um Flottenvermehrungen handele, berufe man sich aber auf die Ehre des Kaufmanns. Zu Hause ziehe man sie in den Morast, trete sie mit Füßen. (Zustimmung.) Er hoffe nunmehr auf einen Erfolg, weil endlich Wallung, Zorn in das Gemüth des deutschen Kaufmanns gekommen sei. (Lebhafter Beifall.) Er habe lange im Auslande gelebt und müsse sagen, daß er keinen tüchtigeren, ehrlicheren Kaufmannsstand kenne, als den deutschen. Derselbe habe nur den einen Fehler, daß er bisher zu demüthig gewesen sei (Sehr wahr!), er ließ bisher auf sich herumtreten, und wenn es sich irgendwo regte, dann war es ihm nicht comme il faut, sich in Politik zu mischen. (Heiterkeit und Beifall) der Sturm müsse jetzt ausgenutzt werden. Er wolle und könne sich als Halbinvalide (Widerspruch) nicht an der Führung der Bewegung betheiligen, habe aber doch genügend erlebt, daß es mit allen Kräften unterbreiten wolle, damit der Bund, der seit 15 Jahren so schmachvoll auf Deutschland gelagert habe, gebrochen werde (Beifall). Was habe der deutsche Kaufmann verbrochen, daß man ihn derartig behandle? Kein Land der Welt habe sich gegenüber den modernen Erscheinungen an der Börse, den Krisen, so solide gezeigt, wie Deutschland. (Sehr richtig!) England, Frankreich, Italien hatten fortgesetzt schwere Krisen durchzumachen. In Deutschland sei nichts geschehen, als daß ein paar lumpige Erscheinungen sich vergangen haben, wie das im Verbrecherthum überall vorkomme. Und diese lumpigen Wichte genügten, um dem deutschen Handelsstand dieses Gesetz zu bieten. (Beifall.) Es gehe durch alle aufgeklärten und gebildeten Kreise das Gefühl, daß das Maß voll sei und er hoffe, daß man sagen werde: „Sich wehren bringt Ehren.“ (Stürmische wiederholte Beifallskundgebungen und Hochrufe auf den Redner.)

Reichstagsabg. Generaldirektor und Komm.-Rath Richard Möricke: Der Verein solle kein Angriffs- sondern ein Vertheidigungs-Verein sein. Das solle ihn auszeichnen vor dem Bund der Landwirthe, der ein Verein des Angriffs auf alle Stände sei! Niemand werde die Nothlage der Landwirthschaft bestreiten, aber auch andere Stände hätten gelitten; jedoch habe keiner solche Forderungen erhoben. Man ließe wohl den Agrariern ihre Interessenvertretung, könne aber nicht zulassen, daß sie die Gesetzgebung benutzen wollen, um andere Stände zu schädigen und ihnen die Handels- und Gewerbefreiheit zu nehmen, ohne die der Handelsstand nicht existiren könne. Die große Masse des Volkes, Handwerk und Kleingewerbe eingerechnet, werde geschädigt. (Beifall.) Auch die kleinen Landwirthe müßten sich dieser Bewegung anschließen, dann gebe es keine Interessengemeinschaft zwischen ihnen und den Großgrundbesitzern. (Beifall.) Redner schlägt schließlich noch vor, den zu begründenden Verein „Schutzverband gegen agrarische Angriffe“ zu nennen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Reichstagsabg. Handelskammersekretär a. D. Fischbeck (Freis. Volksp.) beklagt sich zunächst über eine ungenügende Einladung zur Versammlung. Er selbst sei nur als Preßvertreter hinzugekommen. Er hat Bedenken gegen den Erfolg der Bewegung und bezweifelt, daß es möglich sei, in der vorgeschlagenen Form auf die Massen einzuwirken. Der Goldwährungsverein, die Freihandelsvereinigung ꝛc. hätten noch niemals Einfluß auf die Wahlen auszuüben vermocht. (Ruf: Leider!) Die Regierung gebe im Wahlkampf eine ganz andere Wahlparole aus und es erscheine ihm fraglich, ob die Herren standhalten werden. (Widerspruch.) Im Jahre 1893 hatten die Agrarier die Handelsverträge bekämpft und trotzdem gingen die Großkaufleute Hand in Hand mit ihnen in den Wahlkampf. (Theilweiser Beifall.) Die Großkaufleute geben ihnen sogar das Geld zur Agitation. (Stürm. Beifall eines Theiles der Versammlung.) Er bezweifle auch den Erfolg, da man sogleich betont habe, daß den Regierungen keine Opposition gemacht werden dürfe. (Beifall.) Die Regierung habe doch zu allen diesen Gesetzen den Anstoß gegeben. Man sollte lieber auf eine Stärkung der politischen Parteien der Linken hinwirken und sorgen, daß die nationalliberale Partei, in der so viele Großkaufleute sitzen, fester für die Handelsinteressen eintrete. Damit erreiche man mehr als mit diesen Vorschlägen. (Beifall und Widerspruch.)

Dr. Bamberger: Auch er könnte eine Menge Dinge kritisiren, vielleicht auch die Parteipolitik des Vorredners. Wir haben praktische Vorschläge gemacht. Hat der Herr einen Vorschlag gemacht? Sollen wir uns etwa als Anhängsel der freis. Volkspartei betrachten? (Ruf: Niemals.) Mit der einseitigen Parteipolitik sind wir bisher nur rückwärts gekommen. Wollen Sie andere Wege gehen, so berufen Sie eine neue Versammlung ein. Wir haben unsere Versammlung und wollen unsere Wege gehen. (Stürmischer Beifall.)

Es tritt Schluß der Debatte ein.

Der Vorsitzende Geh. Kommerzien-Rath Herz bringt die Resolution, die mit der Abänderung des Namens in „Schutzbund“ Annahme findet, zur Abstimmung, und bemerkt hierzu: Wer nicht die Faust in der Tasche machen will, trete dem Verein bei.

Stadtrath Graf-Königsberg i. P.: Ich erkläre, daß ich dem Verein nicht beitrete, ich will aber auch nicht die Faust in der Tasche machen. Ich weiß andere Wege.

In den Ausschuß wurden gewählt: Bankdirektor Büsing-Schwerin, Lürmann-Bremen, Kom.-Rath Kühnemann-Stettin, Thorwart, Fuhl-Frankfurt a. M., Geh. Kom.-Rath Michel-Mainz, Dr. Weigert, Kaempf, Roesicke, Bamberger, Schrader, Simon, Landau-Berlin, Siegle-Stuttgart, Damme-Danzig, Mitzhaupt-Königsberg i. Pr., Herz-Berlin. Sodann wurde die Verhandlung geschlossen.

Wie wir hören, sind bereits eine große Zahl von Beitrittserklärungen, auch von auswärts, zu dem „Gegenbund gegen die agrarischen Ausschreitungen“ eingelaufen.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 12. März, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. von Boetticher u. a.

Das Haus ist schwach besetzt.

Zur ersten event. zweiten Berathung stehen zunächst die Anträge der Abgg. Dr. Förster, Metzner und Gen., sowie Blos und Gen., beide gerichtet auf Aufhebung des Impfgesetzes. Zur Begründung nimmt das Wort:

Abg. Dr. Förster (Antis.): Der Antrag geht dahin, es solle der Zwang zur Schutzimpfung aufgehoben werden, d. h. es steht keine wissenschaftliche bakteriologische Frage zur Debatte, auch nicht die Frage des Werthes der Schutzimpfung, sondern lediglich, ob wir das Recht haben, das betr. Gesetz nach den inzwischen gemachten Erfahrungen aufrecht zu erhalten. Wir sind der Ansicht, daß dieser Zwang inzwischen ein drückender Gewissenszwang geworden ist, den man nicht mehr länger aufrecht erhalten sollte. Die Voraussetzung des Gesetzes von 1874 war ein Gutachten des preußischen Medizinalkollegiums, gestützt auf eine damals aufgestellte Statistik. Dies Gutachten ist aber seitdem als hinfällig erkannt worden und zwar in allen von ihm behaupteten Punkten: Abnahme der Sterblichkeit, Gewährung des vollständigen Schutzes gegen Pockenerkrankung, Nutzen der Revaccination, Unschädlichkeit der Impfung, was sich als besonders irrig erwiesen hat, auch nach dem Gutachten hervorragender Aerzte. Das Impfgesetz stelle sich demnach als ein Mißgriff der bedenklichsten Art heraus. Redner sucht dies aus Statistiken zu erweisen. Deutschland steht keineswegs betreffs der Pockenerkrankungen glänzend vor anderen Staaten da, die den Schutzimpfzwang nicht kennen. Wenn die Pockenepidemien jetzt nicht mehr so schrecklich gewüthet haben, so liegt das vor allem in den besseren gesundheitlichen Verhältnissen im allgemeinen, wie auch in dem Charakter aller derartigen Seuchen, welche selten mehrere heftige Ausbrüche hintereinander zeigen. Die Frage, ob die nicht Geimpften eher von der Seuche befallen werden oder die Geimpften, ist auch nicht beantwortet. Konnte doch das Jubiläum der Pestpocken selbst nicht in dem Gebäude gefeiert werden, weil dort die Pocken ausgebrochen waren. Dann aber unterscheidet man nicht zwischen den verschiedenen Lebensverhältnissen, zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land. Wenn wirklich die nicht Geimpften eher der Krankheit verfallen, so ist das ganz erklärlich, denn nicht geimpft bleiben meist die ärmeren Klassen, deren Widerstandsfähigkeit ohnehin eine geringere ist. Was die Impfschädigungen betrifft, so sind nicht nur aus dem Königreich Preußen, sondern auch aus Sachsen und Bayern so zahlreiche Fälle nachgewiesen, daß schon daraufhin das Gesetz einer Aenderung unterzogen werden müßte. Wir fordern daher die Aufhebung der Zwangsimpfung. In der Schweiz ist sie auch bereits in 15 Kantonen mit 80 Prozent der Bevölkerung unter aufgehoben worden, wodurch die Sterblichkeit sogar abgenommen hat. Auch die Erfahrungen, die man im französischen Heere 1870 gemacht hat, haben die Impfung nicht als ein Schutzmittel erwiesen.

Auf die günstigen Statistiken ist um so weniger Werth zu legen, als sie einmal nicht genau geführt werden, dann aber auch ein Zwang auf die Impfärzte nicht ausgeübt werden kann. Es liegt zudem auch ganz im Belieben der Impfärzte, ob sie die Krankheiten, die nach der Impfung eintreten, in Zusammenhang mit der Impfung bringen wollen oder nicht. Würde man da einmal genau nachsehen, dann würde die Liste der Impfschädigungen ganz erheblich anwachsen. Das beste Mittel, Seuchen zu verhindern, sind zweckmäßige hygienische Maßregeln. Ich beantrage, unseren Antrag an eine Kommission zu verweisen, die die Befugniß erhält, Sachverständige heranzuziehen.

Abg. Reißhaus (Soz.): Ich spreche nicht im Namen der Fraktion, sondern nur für diejenigen meiner Parteigenossen, welche den Antrag mit unterzeichnet haben. Es giebt kein Reichsgesetz, das so viel Widerspruch im Volke erfahren hat wie die Zwangsimpfung, und die Bestrafungen auf Grund dieses Gesetzes haben in erschreckender Weise zugenommen. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt des früheren Abgeordneten Dr. Reichensperger, der es bei Berathung des Gesetzes für den ärgsten Gewissenszwang erklärte, wenn eine Mutter, die von der Schädlichkeit der Impfung überzeugt sei, gezwungen werde, ihr Kind dieser Operation zu unterwerfen. Die Zwangsverfügungen der Behörden sind ungeheuflich, denn das Gesetz selbst verlangt bei unterlassener Impfung von den Eltern nur die Angabe der Gründe, aus denen die Impfung unterblieben sei, eine Zwangsimpfung ist nur für den Fall einer Epidemie vorgesehen. Auch die Verhandlungen des Reichstages ergeben, daß die Mehrheit des Hauses einen Zwang damals nicht einführen wollte. Ueber den Werth der Impfung gehen die Urtheile der Sachverständigen weit auseinander, eine medizinische Autorität hat sie sogar ein wissenschaftliches Verbrechen genannt. Die Statistik über die Pockenerkrankungen in der deutschen Armee giebt auch kein zuverlässiges Bild. Sie führt bei den Erkrankten 8000 „anderweit Entlassene“ auf, von denen thatsächlich ein Viertel stirbt. Rechnet man diese 2000 hinzu, so kommt unsere Statistik der russischen sehr nahe. Der Nachweis von der Nichtigkeit der Impftheorie ist auch in der Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes nicht erbracht worden. Bei Schafen ist die Impfung gerade wegen ihrer Schädlichkeit aufgehoben worden. Wenn sie für Schafe gefährlich ist, soll sie da für Kinder nicht gefährlich sein? (Unruh

rechts: Das ist doch ein Unterschied!) Allerdings ist es ein Unterschied, Schafe kosten Geld, und das Menschenmaterial kostet nichts. Mit der Impftheorie will man den allgemeinen Gesundheitszustand heben, das erreicht man aber besser durch ausgeprägt gute, hygienische Einrichtungen und durch Unterricht in der Schule über Gesundheitslehre. Heutzutage sollen ja fast alle Krankheiten durch die Impftheorie bekämpft werden, und wenn das so weiter geht mit den Impfungen, dann wird bald die Zeit kommen, wo nicht mehr über Kommabazillen und Pockenarten, sondern über all die vielen Impfarten geklagt werden wird. Wielleicht erfindet man auch noch einmal eine Impfung gegen die Sozialdemokratie und bezieht dazu die Lymphe aus Neumkirchen. Hunderttausende, ja Millionen werden den Tag segnen, wo der Impfzwang aufgehoben werden wird.

Abg. Dr. **Kruse** (nl.): Etwas wirklich genaues haben die Vorredner nicht vorgebracht. Sie wollen Kommissionsberathung; ich halte das natürlich nicht für nothwendig, und die beiden Herren, die gesprochen haben, sind ja so sachverständig, daß sie aus einer kommissarischen Berathung auch nichts neues erfahren werden. Wenn der Abg. Reißhaus die Schafpockenimpfung mit der menschlichen Impfung vergleichen hat, so beweist er nur, daß er von diesen Dingen nichts versteht. Die Tausende von Petitionen gehen von Leuten aus, welche die Tragweite der Sache gar nicht übersehen. Was den Werth der Impfung betrifft, so steht doch so viel fest, daß für die ersten Jahre nach der Impfung ein vollkommen sicherer Schutz besteht. Wir Aerzte würden sicher nicht für die Impfung eintreten, wenn wir uns nicht in unzähligen Fällen durch den Augenschein überzeugt hätten, daß sie nothwendig ist, um die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten. Allerdings sind durch Lymphe, die man von Kindern genommen hat, Krankheiten übertragen worden; gerade deswegen hat man auch die animale Lymphe eingeführt, in der zwar auch Bakterien, aber durchaus unschädlicher Natur, vorhanden sind. Auch hat man neuerdings absolut keinfeie Lymphe hergestellt. Einen hervorragenden Arzt, der Gegner der Impftheorie wäre, giebt es nicht. Im Interesse der Gesundheit unseres Volkes würde ich nicht imstande sein, dem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Langerhans** (frs. Vp.): Die Reichsregierung giebt sich alle erdenkliche Mühe, hinter die Wahrheit zu kommen, und ich muß hier öffentlich dem Reichsgesundheitsamte für den außerordentlichen Fleiß und die schwere Arbeit, die es in dieser Beziehung aufgewandt hat, meinen wärmsten Dank sagen (Beifall); allen den Klagen, die im einzelnen und im großen in der Bevölkerung laut geworden sind, ist das Reichsgesundheitsamt nachgegangen, und bis auf den Grund hat es zu erforschen gesucht, wie trotz der Impfung noch immer Pockenerkrankungen vorkommen können. Das Reichsgesundheitsamt ist auch in der Lage, die Zahlen, die es in seiner Denkschrift gegeben hat, vollständig zu beweisen. Es ist empörend, wie man hier im Hause mit der Statistik umgegangen ist. Man sagt, von den französischen Soldaten wären 1870 bei uns eine große Anzahl gestorben, obwohl sie geimpft gewesen seien. Ja, weiß man denn nicht, daß diese französischen Soldaten erst 6—8 Wochen, nachdem sie hierher gekommen waren, geimpft werden konnten? In Betreff der Statistik des französischen Heeres hat man gesagt, darüber wisse man nichts. Ja, wenn man darüber nichts weiß, so weiß man eben nichts. (Heiterkeit.) Diese Zahl von 23,000 an den Pocken Gestorbenen ist in der französischen Deputirtenkammer gegeben worden. Nennen Sie mir einen einzigen wissenschaftlichen Verein, einen wirklich großen Arzt, der sich gegen den Impfzwang ausgesprochen hat. Wir Aerzte haben an der Impfung gar nichts, sie ist ein schweres Geschäft und stört uns in unserem Berufe ganz außerordentlich. Ich würde mich schämen, wenn wir heute mit Mehrheit beschließen sollten: mit der Schutzimpfung gegen Pocken ist es nichts! Ich bitte Sie dringend, das Zwangsimpfgesetz bestehen zu lassen.

Abg. **v Hodenberg** (Welfe): Die Impfung zieht meines Erachtens nur dann schädliche Folgen nach sich, wenn die Impfung mangelhaft erfolgt ist. Man könnte vielleicht die Impfvorschriften etwas abändern und besonders nicht so viele Kinder auf einmal von einem Arzte impfen lassen. Man müßte eine Maximalzahl vorschreiben. Sodann müßte man für eine möglichst sorgfältige Desinfizirung der Impflanzetten sorgen und mit einer Lanzette nur immer nach ihrer Desinfizirung ein einziges Kind impfen lassen. Wenn man in solcher Weise vorgeht, dann werden wohl die Klagen der Impfgegner bald verschwinden.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Auch nach meiner persönlichen Meinung würde sich das vom Vorredner vorgeschlagene Verfahren empfehlen. Nach der einen von früher her bekannten Auffassung der Bundesregierungen glaube ich nicht, in Aussicht stellen zu können, daß eine Mehrheit im Bundesrath sich gegen das Impfgesetz finden wird. Vielmehr wird, wenn nicht Einstimmigkeit herrscht, doch eine überwiegende Mehrheit im Bundesrath für das Impfgesetz eintreten. Die Statistik des Reichsgesundheitsamts ist doch eine sehr lehrreiche. Die wachsende Zunahme der Impfgegner erklärt sich nur daraus, daß das gegenwärtig lebende Geschlecht keine Ahnung mehr von den Schrecken einer Pockenepidemie hat (Sehr richtig!) und daß natürlich jeder einen gewissen Widerwillen dagegen hat, seine Kinder zwangsweise einer solchen Operation zu unterziehen. Unverfälschte reine Thierlymphe ist am besten geeignet, alle Schädlichkeiten einer Impfung fern zu halten und wir müssen dahin streben, daß überall nur unverfälschte reine Thierlymphe genommen wird. Und in dieser Beziehung wird mit großer Vorsicht bei uns verfahren. Jedes Thier, von dem Lymphe genommen wird, wird geschlachtet und genau untersucht, ob es nicht eine Krankheit hat. Ich will gern erwägen, ob nicht eine Gratis-Lieferung der Lymphe an die Aerzte erfolgen kann, wie denn überhaupt unser Bestreben dahin geht, alle Beschwerden, die mit der Zwangsimpfung verbunden sind, nach Möglichkeit zu beseitigen. Seit Einführung der Impfung sind die Pockenfälle bei uns auf ein Minimum gesunken und wer will es verantworten können, jetzt dies Gesetz wieder aufzuheben und uns dem früheren Elend wieder zu überliefern! (Beifall.)

Abg. **Reißhaus** (Soz.) erklärt, eine Menge Aerzte hätten sich als Impfgegner bekannt und die ganze Sache sei noch keineswegs so geklärt, daß man ein Zwangsgesetz für gerechtfertigt erklären könne. Sie verlangten keine Aufhebung der Impfung, sondern nur eine Beseitigung der Zwangsimpfung. Er bitte wenigstens eine Kommission einzusetzen, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt, wenn man den Antrag selbst noch nicht annehmen wolle.

Die Diskussion ist damit geschlossen.

Nach einem Schlußwort des Abg. **Förster**, in dem er betont, daß die Wissenschaft, auf die man sich heute immer berufen habe, auch noch nicht ihr letztes Wort in der Sache gesprochen habe, und man daher immer noch sagen könne adhuc sub judice lis est, wird der Antrag auf Kommissionsberathung abgelehnt. Die zweite Lesung wird also sofort im Plenum stattfinden.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Kolonial-Etat).

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 12. März. 11 Uhr.

Die zweite Etatsberathung wird beim Etat der Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen fortgesetzt.

Die Abgg. **Motty** und **v. Broudicki** beantragen, die Regierung zu ersuchen, die baldthunlichste Aufhebung des Ansiedelungsgesetzes durch eine entsprechende Vorlage in die Wege zu leiten.

Abg. **v. Broudicki** (Pole) führt zur Begründung des Antrages Motty aus, daß es verwerflich sei, wenn man im Etat Mittel aussetze, um einen Theil der Bevölkerung gegen den anderen auszuspielen. Man scheine jetzt nicht nur die Polen, sondern auch den Katholizismus im Osten verdrängen zu wollen, indem man hauptsächlich evangelische Ansiedler nimmt. Nachdem der Pole Gut und Blut für Deutschland geopfert, sage man jetzt nicht nur: Der Mohr kann gehen, sondern auch: der Mohr kann untergehen. Die Polen würden alljährlich ihren Antrag von neuem einbringen und den Spruch wiederholen: Ceterum censeo hane logem esse delendam. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr **Mizerski** (Pole) wendet sich gleichfalls gegen das Ansiedelungsgesetz, an dem die polnischen Bauern keinen Antheil hätten, obgleich sie ebenso gut Steuern zahlten und den Fahneneid geschworen hätten, wie die andern. Das Ansiedlungsgesetz stehe mit der preußischen Verfassung im Widerspruch, da es eine Ansiedelung der Polen im Osten unmöglich mache. Das Gesetz beweise, daß Preußen vor hundert Jahren einen Bissen verschluckt habe, den es nicht verdauen kann.

Abg. **Seer** (nl.) betont, daß er aus eigener Anschauung die segensreiche Wirkung des Ansiedelungsgesetzes kennen gelernt habe. Man möge den Ansiedlern Wohnhäuser zur Verfügung stellen, damit sie sofort ein Unterkommen finden und durch Wandervorträge auf das Gesetz hinweisen, damit sich mehr Ansiedler melden.

Abg. Dr. **Eckels** (nl.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und hält es für nützlich, in einer populären Schrift die Vortheile der Ansiedelung zu beleuchten.

Abg. **v. Glebocki** (Pole) tritt für den Antrag Motty ein, da die Polen nur eine gleiche Behandlung vor dem Gesetze verlangen.

Abg. **Imwalle** (Ctr.) betont, daß auch das Centrum das Ansiedelungsgesetz für ein ungerechtes und verfassungswidriges halte, daß nur die Gegensätze verschärfe. Seine Partei werde deshalb für den Antrag Motty stimmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag Motty wird gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und der freisinnigen Parteien abgelehnt.

Der Etat der Ansiedelungskommission wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Etat der Staatsschuldenverwaltung.

Es folgt die Berathung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung in Verbindung mit der Berathung der Denkschrift betr. Ausführung der gesetzlichen Vorschriften über die Rückerstattung der Grundsteuerentschädigungen.

Hierzu liegt ein Antrag des Frhrn. **v. Dobeneck** vor, die Regierung zu ersuchen, die Beschlüsse beider Häuser des Landtages vom vorigen Jahre betr. Aufhebung der Verpflichtung zur Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung allerhöchsten Ortes zur Bestätigung vorzulegen.

Abg. **Jürgensen** (nl.) erklärt die Verpflichtung zur Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung für ein Unrecht. Er bedauere es, daß die Regierung den von beiden Häusern des Landtages in dieser Hinsicht gefaßten Beschlüssen nicht Folge gegeben habe. Eine solche Rückerstattungspflicht sei als eine Art Konfiskation aufzufassen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn auch die Ausführung des Gesetzes eine milde sei, so ändere das doch nichts an der Thatsache, daß das ganze Gesetz eine schwere Ungerechtigkeit enthalte.

Abg. Frhr. **v. Dobeneck** (kons.) zieht seinen Antrag zurück.

Abg. **Groth** (nl.) hält die Verpflichtung ebenfalls für eine Ungerechtigkeit, da es sich hier um ein bloßes Kaufgeschäft handele. Man könne nicht verlangen, daß ein Käufer eine ihm nicht mehr konvenirende Waare ohne weiteres gegen Rückgabe des Kaufpreises zurückgeben könne. Das widerspreche allen privatrechtlichen Grundsätzen. Man möge den unglücklichen Opfern der Gesetzgebung von 1893 zu Hilfe kommen.

Finanzminister Dr. **Miquel** erklärt, daß er äußerst milde in der Ausführung der Bestimmungen verfahren sei und in vielen Fällen auf die Rückzahlung verzichtet habe. Die Regierung habe sich entschieden, dem Beschlusse der beiden Häuser des Landtages keine Folge zu geben. Es handle sich hier nicht um eine privatrechtliche, sondern um eine finanzpolitische und um eine Staatsfrage. Vom privatrechtlichen Standpunkt allein wäre freilich die Rückzahlung nicht gerechtfertigt. Zu der Frage selbst sei es sich so, daß der Staat eine Rückzahlung nur von solchen Personen fordert, die durch die Entschädigung berührt sind. Aber an eine vollständige Aufhebung einer vor zwei Jahren getroffenen, wichtigen Bestimmung sei doch nur dann zu denken, wenn inzwischen Thatsachen bekannt geworden sind, die zu dem Schluß berechtigen, daß, wenn sie schon früher bekannt gewesen wären, eine andere Entscheidung getroffen wäre. Solche Thatsachen liegen nicht vor. Es sei höchst bedenklich, hier, wo es sich nicht um Gesammtinteressen, sondern nur um das Interesse einzelner Personen handelt, eine Aenderung in der Steuergesetzgebung vorzunehmen, die ein zusammenhängendes Ganzes bildet und den hiervon getroffenen Klassen sonst in anderer Beziehung erhebliche Erleichterungen bietet. Nachdem statistisch nachgewiesen ist, daß ein schwerer Bedruck für die Betheiligten nicht vorliegt, sollte das Haus auf seinem Beschluß vom vorigen Jahre nicht beharren, denn die Regierung ist auf keinen Fall in der Lage, diesem Beschluß Folge zu geben.

Abg. Frhr. **v. Dobeneck** (k.) bedauert es, daß die Regierung sich dem Beschluß des Hauses nicht gefügt hat; man habe hier ein Mittel, der nothleidenden Landwirthschaft zu helfen, nachdem die großen Mittel versagt haben. Er bitte die Regierung doch noch, den gemeinsamen Beschlüssen beider Häuser des Landtags Folge zu geben. Die Verpflichtung zur Rückzahlung bedeute in vielen Fällen eine direkte Vermögensschädigung. Er habe seinen Antrag zurückgezogen, da er sich überzeugt habe, daß derselbe entschieden zu weit gehe, aber er stehe noch auf demselben Standpunkt wie im vorigen Jahre, daß es sich nicht um ein Geschenk, sondern um ein Recht handle, das man verlangen müsse. (Beifall rechts.)

Minister Dr. **Miquel** erklärt nochmals, daß er in der Durchführung des Gesetzes milde verfahren sei und niemals den Grundsatz befolgt habe: in dubio pro fisco. Es frage sich, vor welcher Entscheidung des Abgeordnetenhauses er mehr Respekt haben solle, vor der ersten aus dem Jahre 1893 oder vor der zweiten aus dem Jahre 1895. (Heiterkeit.)

Abg. **Engelbrecht** (fk.) tritt für die Befreiung von der Rückzahlungspflicht ein. Bei der Ausführung des Gesetzes werde in vielen Fällen mit großer Härte verfahren.

Abg. Dr. **Krause** (natl.) pflichtet dem Finanzminister bei, daß die Ausführung des Gesetzes in durchaus loyaler Weise erfolgt sei. Auf eine vollkommene Aenderung der Gesetzgebung von 1893 könne man nicht eingehen, vielleicht aber ließen sich noch einige Erleichterungen treffen, indem man die Grenze, bis zu welcher die Rückzahlung erlassen ist, die jetzt 5 M. beträgt, etwas nach oben erhöht. Der Staat würde dadurch keinen nennenswerthen Schaden erleiden. Die Herren, die sich jetzt über ein angebliches Unrecht beschweren, haben das Steuerreformgesetz mit diesem Unrecht angenommen, da sie wußten, daß ihnen dadurch erhebliche Vortheile zugewendet werden. Jetzt wolle man das Gute behalten und das Schädliche abwälzen. Der Beschluß von 1893 sei nach reiflicher Erwägung von allen Parteien des Hauses gefaßt worden; es liege kein Grund zu einer Aufhebung desselben vor.

Abg. **Hausen** (frk.) betont die Ungerechtigkeit einer Rückforderung, da von einer jetzt noch vorhandenen Bereicherung infolge der früheren Grundsteuer-Ablösung keine Rede sein könne. Hoffentlich werde der Finanzminister auch trotz des Geschreis in der Presse seine Meinung noch ändern.

Hierauf wird die Debatte geschlossen; der Etat wird ohne nennenswerthe Erörterung bewilligt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Rückstände des Etats und Interpellation Ring betr. Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen.)

Schluß 3¼ Uhr.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

p. **Göttingen**, 12. März. Der volle Preis der hiesigen Beneke-Stiftung für die Bearbeitung der im Jahre 1893 gestellten archäologischen Aufgabe ist dem Dr. Hans Gräven in Rom zuerkannt. Die für das Jahr 1898 neu gestellte Aufgabe verlangt eine geologische Beschreibung des „Ith" und seiner direkten Fortsetzungen. 1. Preis 1700 M., 2. Preis 680 M. Bewerbungsschriften müssen bis zum 31. August 1898 eingereicht werden. — Dr. **Sultan**, Assistent an unserer chirurgischen Klinik, hat sich hier als Privatdozent habilitirt. — Zu den bis jetzt hier bestehenden 3 Corpshäusern (Saxonia, Bremensia, Hannovera) wird in diesem Sommer noch ein viertes, das der Hildeso-Guestfalia, kommen. Der Bau soll schon in der nächsten Zeit beginnen.

Gerichtsverhandlungen.

Würzburg, 11. März. [Dr. med. Emil Mohr] wurde zu 7 Tagen Gefängniß verurtheilt wegen Diebstahls zweier Paletots. M., der vor dem Staatsexamen stand, versicherte, große Noth habe ihn zu dem Vergehen gebracht.

S. Leipzig, 12. März. [Der falsche Referendar.] Am 3. Febr. wurde im Landgerichtsgebäude der 20jährige Comptoirist Seymisch aus Berlin verhaftet, der sich im Land- und Amtsgerichtsgebäude im Talar eines Rechtsanwaltes und in den klinischen Hörsälen mit „Renommirschnissen" im Gesicht umhergetrieben hatte, um in sonst ihm nicht zugänglichen Räumen besser stehlen zu können. Das Landgericht verurtheilte S. zu 2 Monaten Gefängniß und 2 Wochen Haft.

Hochwasser.

Die heute vorliegenden Meldungen lauten günstiger, und es scheint, daß erstere Hochkommisse nicht mehr zu befürchten sind. Wir registriren noch die folgenden Meldungen:

Köln, 12. März. Die größte Hochwassergefahr scheint vorüber. Zwar wird vom Oberrhein noch Steigen des Wassers gemeldet, indessen sollen Saar, Neckar und Mosel. Hier war der Wasserstand abends 7,41 Meter; derselbe nimmt stündlich nur noch 2 Centimeter zu.

Koblenz, 12. März. Das Eisenbahnbetriebsamt Koblenz macht bekannt: Wegen des Hochwassers fallen die Trajektfahrten Bingerbrück-Rüdesheim aus. Das Personentrajekt verkehrt nur noch zwischen Bingen und Rüdesheim.

Königsberg i. Pr., 12. März. Gestern sind mit Hilfe der Eisbrecher 6 Dampfer von Pillau heraufgekommen, von denen der Dampfer „Samland" an der Pregelmündung festgerathen ist. Die Flottmachung des Dampfers ist im Gange; der Dampfer ist voraussichtlich unbeschädigt.

Karlsruhe, 12. März. Die „Karlsruher Zeitung" meldet aus Freiburg i. Br.: Die Leiche des Geh. Reg.-Raths Sonntag wurde Mittwoch nachts bei Neuenhausen aufgefunden.

Waaren- und Produktenberichte.

Halle, 12. März. (Mehlbörse.) Preise für netto 100 kg. Kaiser-Auszug 27,00 bis —,— M., Weizenmehl 00 23,00 bis —,— M., Weizenmehl 0 22,00 bis —,— M., Roggenmehl 0 20,00 bis —,— M., Roggenmehl 0/1 19,00 bis —,— M., Futtermehl 12,50 bis —,— M., Roggenkleie 9,50 bis — M., Weizenkleie 9,00 —,— M., Weizenschale f. 6,00 —,— M., Haldemehl 33,00 M.

Der Vorstand des Mehlbörsenvereins.

Getreide.

* **Nordhausen**, 12. März. Weizen 15,70—16,20 M., Roggen 13,80—14,10 M., Gerste 12,25—14,00 M., Hafer 12,90—13,00.

* **Hamburg**, 12 März. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 152—160. Roggen loco ruhig, hiesiger —,—, mecklenburgischer loco neuer 135—140, russischer loco ruhig, loco neuer 87—92. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* **Stettin**, 12. März. Weizen matter, loco neuer 146—154, per April-Mai 154,00, per 18ept.-Okt. —,—. Roggen loco ruhig, 120—123, per April-Mai 121,00, per Sept.-Okt 125,00. Pomm. Hafer loco 112—117.

* **Wien**, 12 März Weizen per Frühj. 7,05 Gd., 7,07 Br., per Mai-Juni 7,14 Gd., 7,16 Br., per Herbst 7,27 Gd., 7,29 Br. Roggen per Frühj. 6,71 Gd., 6,73 Br., per Mai-Juni 6,64 Gd., 6,66 Br., per Herbst 6,20 Gd., 6,22 Br. Hafer per Frühj. 6,52 Gd., 6,54 Br., per Mai-Juni 6,48 Gd., 5,50 Br.

* **Pest**, 12 März. Weizen loco ruhig, per Frühj. 6,71 Gd., 6,73 Br., per Mai-Juni 6,78 Gd., 6,79 Br., per Herbst 7,02 Gd., 7,03 Br. Roggen per Frühj. 6,37 Gd., 6,38 Br., per Herbst 5 80 Gd., 5,85 Br. Hafer per Frühj. 6,14 Gd., 6,16 Br.

* **Amsterdam**, 12. März. Weizen auf Termine ruhig, per März —, do. per Mai 160, do. per Nov. 162. Roggen loco ——, do. auf Termine ruhig, do. per März 103, per Mai 104, per Juli 104, do. per Okt. 106.

* **Antwerpen**, 12. März. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Zucker.

* **London**, 12. März. 96% Javazucker 14¼ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 12⅛ ruhig.

Kaffee.

* **Hamburg**, 12. März. Kaffee fest, Umsatz 2500 Sack.

* **Hamburg**, 12. März. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per März 67, per Mai 66½, per Sept. 62½, per Dez. 58¾. Ruhig.

* **Hamburg**, 12. März. (Nachmittagsbericht.) (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per März 67¼, per Mai 67¼, per Sept. 63, per Dez. 59. Behauptet.

* **Hamburg**, 12. März. Abends 6 Uhr. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per März 67¼, per Mai 67, per Dez. 59. Ruhig.

* **Havre**, 12. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per März 81,25, per Mai 81,75, per Sept. 78,00. Ruhig.

* **Amsterdam**, 12. März. Java-Kaffee good ordinary 51.

Spiritus.

* **Hamburg**, 12. März. Spiritus ruhig, per März-April 16½ Br. per April-Mai 16⅝ Br., per Mai-Juni 16½ Br.

* **Stettin**, 12. März. Spiritus unverändert, loco mit 70 M. Konsumsteuer 31,60.

* **Breslau**, 12 März. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per März 49,90, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per März 30,40 do. do.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Hamburg**, 12. März. Rüböl (unverzollt) behauptet, loco 47½.

* **Bremen**, 12. März. Schmalz. Fest. Wilcox 29¼ Pfg. Armour shield 29 Pfg. Cudahy 30½ Pfg., Choice Grocery 30½ Pfg., White label 30½ Pfg. Fairbanks 30 Pfg. Speck. Fest. Short clear middling loco 37½ Pfg.

* **Stettin**, 12. März. Rüböl loco fester, per April-Mai 46.00, per Sept.-Okt. 46,20.

* **Köln**, 12. März. Rüböl loco 51,50, per Mai 50,30 Br., per Okt. 50,30.

* **Pest**, 12. März. Kohlraps per Aug-Sept. 10.90 Gd., 10,95 Br.

* **Antwerpen**, 12. März. Schmalz per März 70¾, Margarine ruhig.

Petroleum.

* **Stettin**, 12. März. Loco 10,15.

* **Hamburg**, 12. März. Petroleum loco fest, Standard white loco 5,85.

* **Bremen**, 12. März. (Börsen-Schluss-Bericht) Raffinirtes Petroleum. (Offiz. Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Fest. Loco 5,95 Br. Russisches Petroleum. Loco 5,60 Br.

* **Antwerpen**, 12 März. (Schluss-Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 15⅜ bez. u. Br., per März 15½ Br., per April 15⅝ Br. Fest.

Hülsenfrüchte.

* **Nordhausen**, 12. März. Kocherbsen 16,00—18,00 M., Speisebohnen (weiss) 22,00—24,00 M., Kochlinsen 16,00—22,00.

* **Wien**, 12 März Mais per Mai-Juni 4,15 Gd., 4,17 Br., per Juli-Aug. 4,60 Gd., 4,62 Br.

* **Pest**, 12. März. Mais per Mai-Juni 4,10 Gd., 4,12 Br., per Juli-Aug. 4,29 Gd., 4,31 Br.

Metalle.

* **Amsterdam**, 12. März. Banca-zinn 37.

* **London**, 12 März. Chili-Kupfer 44⅝, per 3 Monat 44½.

* **London**, 12. März. (Telegramm.) Blei span. 11½ Lstrl., engl. 13½ Lstrl., Zinn 60½ Lstrl., Zink 15½ Lstrl. Antimon —.

* **Glasgow**, 12. März. Vorm. 11 U. 5 M. Roheisen. Mixed numbers warrants 47 sh. 4 d. Ruhig.

* **Glasgow**, 12. März. (Schluss.) Roheisen. Mixed numbers warrants 47 sh. 4 d.

* **New York**, 11. März. Zinn Straits 13.40 Doll. Kupfer 11,15.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960313028/fragment/page=0002